



„Der bayerische Sonderweg ist bedauerlich“

Pflege Eigentlich war die Impfpflicht für Menschen, die in Altenheimen und Kliniken arbeiten, eine schon von Bund und Ländern beschlossene Sache. Am Montag setzte Markus Söder sie de facto aus. Wie Betroffene in der Pflege reagieren.

VON ULI BACHMEIER, MARIA HEINRICH UND DANIELA HUNGBAUR
München Das Echo ist enorm. Nicht mal einen Tag nachdem Ministerpräsident Markus Söder (CSU) verkündet hatte, die Impfpflicht in der Pflege aussetzen zu wollen, hagelt es auch aus Bayern Kritik am Kurs der Staatsregierung. Zur Erinnerung: Bundestag und Bundesrat hatten beschlossen, dass Beschäftigte in Pflegeheimen und Kliniken bis 15. März nachweisen müssen, dass sie geimpft oder genesen sind. Söder sagte nun, es werde „großzügigste Übergangsregelungen“ bei dieser Impfpflicht geben, was „de facto zunächst einmal auf ein Aussetzen des Vollzugs hinausläuft“.

Gleich am Dienstag musste sich Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) im Gesundheitsausschuss des Landtags scharfer Kritik der Opposition stellen. Die Grünen-Abgeordnete Kerstin Celina sagte: „Den Vollzug der einrichtungsbezogenen Impfpflicht auszusetzen, ist ein unglaublich schlechtes Signal.“ Sie könne sich dafür nur zwei mögliche Gründe vorstellen – entweder Bayern bekomme es nicht auf die Reihe oder es handle sich um einen Richtungswechsel. Das wäre für das gemeinsame Ziel – so oder so – ein „grottenfalsches Zeichen“.

Ins gleiche Horn stieß die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Ruth Waldmann (SPD). Wenn Söder von „großzügigsten Übergangsregelungen“ spreche, dann gehe das „schon in Richtung Sankt-Nimmerleins-Tag“. Man sei sich doch einig gewesen, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht nur der erste Schritt zur allgemeinen Impfpflicht sei. Den Vollzug jetzt auszusetzen, sei „sehr problematisch“. Waldmann erinnerte daran, dass die Impfpflicht für Pflegekräfte

im Bundesrat mit der Stimme Bayerns und im Bundestag mit den Stimmen der CSU beschlossen worden sei und insbesondere Söder zur Eile gedrängt habe. „Das passt nicht zusammen“, sagte die SPD-Politikerin und forderte Holetschek auf, nicht länger von „Stigmatisierung“ der Pflegekräfte oder von einem Sonderopfer zu reden.

Holetschek wies die Kritik zurück. Es seien nicht seine Worte, sondern das, was er höre, wenn er mit Pflegekräften rede. Dort bekomme er „die Ansage“, dass eine einrichtungsbezogene Impfpflicht in Ordnung sei, wenn es dann auch eine allgemeine Impfpflicht gebe.

Verantwortlich für die schwierige Situation ist nach Darstellung des CSU-Politikers allein die Bundesregierung. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht umzusetzen, sei schwierig, weil es an konkreten Regelungen fehle. Diese Probleme müssten erst einmal gelöst werden. „Es geht nicht darum, ein Bundesgesetz zu ignorieren, sondern darum, die Umsetzungszeit so zu gestalten, dass wir zum Ziel kommen.“ Hinzu komme die Unsicherheit, wie es mit der allgemeinen Impfpflicht weitergeht. Hier habe es die Bundesregierung versäumt, einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

Auf politischer Ebene wird die Debatte um die Aussetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht weiterhin hitzig geführt. Doch wie kommt sie in der Praxis an? Wie reagieren die bayerischen Pflegeheime und Krankenhäuser darauf? Durchaus überrumpelt zeigte sich die Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Schwaben (AWO), Brigitte Protschka aus Füssen. „In jedem Fall ist es so, dass diese Ankündigung auf allen Ebenen bei uns zu

sehr großer Verunsicherung führt.“ Nicht nur Kritik schwingt in ihren Worten mit, sondern auch die Sorge um die Bewohnerinnen und Bewohner der 24 schwäbischen AWO-Heime, die ohnehin diejenigen waren, die wie so viele andere Männer und Frauen in den Pflegeheimen von der Corona-Pandemie insgesamt am heftigsten betroffen waren. „Wir haben als AWO Schwaben eine Fürsorgepflicht gegenüber unseren Bewohnern – und wir wissen, dass ungeimpfte Mitarbeiter nachweislich eine Gefährdung für die Bewohner darstellen“, so Protschka.

Bisher sei man in den AWO-Heimen einigermaßen gut durch diese Omikron-Welle gekommen. Den Bewohnerinnen und Bewohnern sei es wirklich zugutegekommen, dass sie sich alle so bereitwillig impfen lassen hätten. „Natürlich sind für sie die Einschränkungen der Besuchsregelungen belastend, aber vor allem die Booster-Impfung gibt ihnen ein Gefühl der Sicherheit. Sie wissen, dass sie gut gegen schwere Verläufe geschützt sind.“ Nun besteht die Sorge, dass dieses Sicherheitsgefühl verloren gehen könnte, wenn nun weiter auch ungeimpfte Pflegekräfte arbeiten dürften. „Wir sind nach wir vor mitten in der Pandemie“, betont Protschka. „Es ist bedauerlich, dass Bayern wieder einmal einen Sonderweg geht.“

Auch beim Caritasverband für die Diözese Augsburg ist man nicht glücklich über Söders Aussage: „Wenn es so tatsächlich kommt, würde diese Entscheidung etwas Druck aus dem System nehmen. Und wir gestehen, dass es uns gut tut“, erklärt Diözesan-Caritasdirektor Domkapitular Andreas Magg. „Gleichzeitig aber wird diese Maßnahme das Problem nicht lösen und



deshalb damit mittel- und langfristig den Druck wieder erhöhen.“ Denn was bleibe, sei die Ansteckungsgefahr mit unter Umständen schlimmen Folgen sowohl für Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. „Wir befürchten des Weiteren, dass durch dieses Signal entgegen unserer Überzeugung der Eindruck entstehen könnte, dass die Impfung doch nicht so wichtig sei wie die ganze Zeit über behauptet.“ Schon höre man, dass vereinbarte Impftermine abgesagt wurden.

Anders sieht es Professor Dr. Michael Beyer: „Herr Söder hat genau das Richtige getan“, sagt er. Für den Ärztlichen Direktor des Universitätsklinikums Augsburg zeugt es von Größe, dass man eine Entscheidung, die man zu einem anderen Zeitpunkt unter anderen Rahmenbedingungen gefällt hat, die sich nun aber als falsch herausgestellt habe, zurücknimmt. Zum Zeitpunkt der Deltawelle mag die Entscheidung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht richtig gewesen sein. Unter der geänderten Ausgangslage durch Omikron würden die Fakten eher dagegen sprechen: „Wir wissen jetzt doch, dass die

Impfung gegen eine Infektion mit der aktuellen Omikron-Variante gar nicht hilft. Gut, man kann über schwere Verläufe diskutieren, doch auch die sehe ich zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nicht in höherer Anzahl“, sagt Beyer und ergänzt: „Wir haben aktuell 80 infizierte Patientinnen und Patienten auf unseren Normalstationen. In 55 Fällen war die Infektion nur ein Nebenbefund, das heißt, die Menschen kamen zu uns aufgrund einer anderen schweren Erkrankung, und nur, weil alle bei uns getestet werden, wurde die Diagnose überhaupt entdeckt.“ Und den 80 infizierten Patienten gehe es schnell besser. Würde er dann auch die allgemeine Impfpflicht nicht mehr einführen? „Erst einmal nicht“, sagt Beyer. „Denn zunächst brauchen wir eine Analyse der jetzigen Situation, und sie muss zusammen mit den Kliniken erarbeitet werden.“

Roland Engehausen, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, sagt zu den Konsequenzen: „Für uns ändert sich durch die Aussage von Ministerpräsident Söder erst einmal nichts an der gesetzlichen Grundlage. Das heißt, für uns gilt ab 16. März die

Impfpflicht, und ab diesem Zeitpunkt wird niemand mehr in einem bayerischen Krankenhaus neu eingestellt, der nicht geimpft ist.“ Alle Beschäftigten in bayerischen Krankenhäusern müssten bis zum 16. März ihrem Arbeitgeber unabhängig von der Ankündigung Söders mitteilen, ob sie geimpft sind. „Sind Beschäftigte nicht geimpft, werden sie unverzüglich an das Gesundheitsamt gemeldet. Was das Gesundheitsamt dann im Einzelfall prüft und als Maßnahmen einleitet, bleibt nach dem derzeitigen Gesetz allerdings offen.“ Dies sei auch bisher genau der Schwachpunkt des Gesetzes gewesen. Daher habe die Bayerische Krankenhausgesellschaft stets auf bundeseinheitliche Regeln für die Gesundheitsämter gepocht. Wenn die längere Übergangsfrist, die Söder ankündigt, nun genutzt wird, damit die Ministerien auf Bundes- und Landesebene sich vor dem Vollzug des Gesetzes auf einheitliche Regeln einigen, wie mit ungeimpften Mitarbeitern umgegangen wird, dann begrüßt Engehausen dies. „Die Botschaft an alle, sich impfen zu lassen, ist für uns damit nicht vom Tisch.“ »Kommentar